



## **Änderungsantrag**

der Abgeordneten **Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Stefan Löw, Richard Graupner, Christian Klingen, Jan Schiffers** und **Fraktion (AfD)**

**Haushaltsplan 2021;**

**hier: Planstellen V – Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter beim Landeskriminalamt  
(Kap. 03 17 Tit. 422 01)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2021 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 03 17 Tit. 422 01 wird der Ansatz von 69.912,8 Tsd. Euro um 20.000,0 Tsd. Euro auf 89.912,8 Tsd. Euro erhöht.

Von den zusätzlichen Mitteln werden neue Planstellen geschaffen.

Der Stellenplan wird entsprechend angepasst.

Die Deckung erfolgt aus den in Kap. 03 12 TG 54 – 56 (insbesondere Kap. 03 12 Tit. 633 55, Kap. 03 12 Tit. 633 56 und Kap. 03 12 Tit. 684 54) eingesparten Mitteln.

### **Begründung:**

Angesichts der gestiegenen Zuwanderung in den vergangenen Jahren auf derzeit etwa 1,8 Mio. Asylbewerber und der zu erwartenden Zunahme an Kriminalität besonders in den Bereichen sexueller Nötigung/Vergewaltigung, sexueller Selbstbestimmung, Diebstahl oder Körperverletzung ist eine Erhöhung der Stellenzahl beim Landeskriminalamt dringend erforderlich. Um die Kosten der Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter für den gestiegenen Stellenbedarf zu decken, ist eine Erhöhung im Entwurf des Haushaltsplans 2021 vorzusehen.